

Kasseler Diskussionspapiere

i3 Ideen,
Interessen und
Institutionen im Wandel

SPD-Stammland Hessen – der Verlust einer Vormachtstellung

Arijana Neumann und Wolfgang Schroeder

Nr. **2** 11 / 2014

U N I K A S S E L
V E R S I T Ä T

Fachgebiet
Politisches System der BRD –
Staatlichkeit im Wandel



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, dass Sie auf die erste Ausgabe der *i3* aufmerksam geworden sind. Bei *i3* handelt es sich um eine neue Reihe politikwissenschaftlicher Diskussionspapiere. Sie werden herausgegeben von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder und dem Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel. In unregelmäßigen Abständen finden Sie in den Diskussionspapieren neue Forschungsergebnisse und Beiträge zu aktuellen politikwissenschaftlichen Debatten. Thematisch erwartet Sie ein breites Spektrum an Schwerpunkten mit besonderem Fokus auf die Parteien-, Verbände- und Wohlfahrtsstaatsforschung. Jede Ausgabe behandelt ein für den Lehrstuhl relevantes Thema, das sich perspektivisch etwa mit Wandlungsprozessen in Politikfeldern, Veränderungen von Akteuren und Akteursstrukturen oder dem Wandel von Regieren und Staatlichkeit befasst. Ein gemeinsamer Bezugspunkt, der auch den Titel der Diskussionspapier-Reihe inspiriert, ist der von Max Weber über Rainer M. Lepsius aufgenommene Spannungsbogen, welcher den Wandel von Ideen, Interessen und Institutionen thematisiert. Neben Artikeln von dem Lehrstuhl nahestehenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sind auch Gastbeiträge gerne gesehen.

Wir wünschen Ihnen nun eine anregende Lektüre und würden uns freuen, Sie auch bei den nächsten Ausgaben der *i3* wieder als Leser begrüßen zu dürfen. Hinweise, Anregungen und Kommentare nehmen wir gerne über die Redaktionsadresse entgegen.

Das Herausgeber- und Redaktionsteam

redaktion-i3@uni-kassel.de

Herausgeber

Die Kasseler Diskussionspapiere werden von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Leiter des Fachgebiets Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel an der Universität Kassel, herausgegeben.

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Universität Kassel

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

Fachgebiet Politisches System der BRD - Staatlichkeit im Wandel

Nora-Platiel-Str. 1

34127 Kassel

Erscheinungsweise

Die *i3 - Kasseler Diskussionspapiere – Ideen, Interessen und Institutionen im Wandel* erscheinen in unregelmäßigen Abständen und sind nur als PDF-Version zum Download unter der Adresse <http://www.uni-kassel.de/fb05/index.php?id=i3> erhältlich.

ISSN 2363-7250

Autoren

Dr. Arijana Neumann ist Lehrbeauftragte und Professor Dr. Wolfgang Schroeder leitet das Fachgebiet Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel an der Universität Kassel.

Inhalt

Die hessische SPD – von der „Hessen-Partei“ zur Dauerbaustelle....	4
Historische Bedingungen für die Entstehung des Parteiensystems nach 1945.....	5
Die Vorherrschaft der SPD bis in die 1970er Jahre.....	6
Die Vorherrschaft der SPD in Gefahr	7
Vom SPD-Stammland zum CDU-Land	10
Zeiten knapper Mehrheiten.....	10
Der Beginn der Vorherrschaft der CDU.....	11
Die missglückte Regierungsbildung der SPD 2008.....	12
Die Festigung der Vorherrschaft der CDU.....	12
SPD-Wähler in Hessen – Entwicklung sozialstruktureller und regionaler Faktoren.....	14
Die Kommunen in Hessen	16
Direktwahlen der Bürgermeister und Landräte in Hessen.....	16
Die Stadt Frankfurt und die Oberbürgermeister-Wahl 2012.....	18
Fazit und Ausblick.....	20
Literatur	21

SPD-Stammland Hessen – der Verlust einer Vormachtstellung

Arijana Neumann und Wolfgang Schroeder

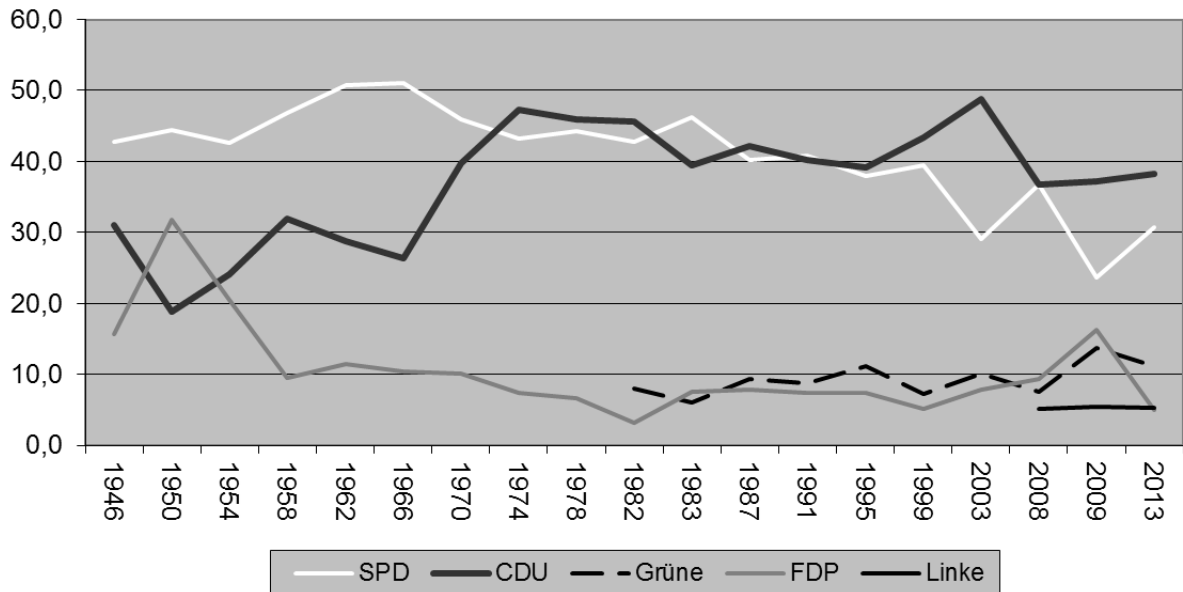
Die hessische SPD – von der „Hessen-Partei“ zur Dauerbaustelle

Die hessische SPD entwickelte sich nach 1945 zu so etwas wie einem Superstar unter den sozialdemokratischen Landesverbänden. Wer in der Adenauer-Ära den Hauch einer Vorstellung davon bekommen wollte, wie sozialdemokratische Realpolitik aussieht, die sich als Gegenmodell zur Adenauerschen Politik begriff, der konnte nach Hessen schauen. Bereits die hessische Verfassung von 1947 brachte Vorstellungen von sozialer Demokratie zum Tragen, wie keine andere deutsche Landesverfassung. Wesentliche Elemente, die dies unterstreichen, sind das Aussperrungsverbot, die Wertschätzung der Betriebsräte sowie die Sozialisierung von Schlüsselbetrieben. Hinzu kam ein selbstverständlicher Antifaschismus, der diese Haltung in bewussten symbolischen Gesten herausstellte und politisch kommunizierte. Unter Georg-August Zinn (Hessischer Ministerpräsident 1950 bis 1969), dem wohl erfolgreichsten hessischen „Landesvater“, wurde die Idee vom „roten Hessen“ inhaltlich gefüllt. Von 1946 bis 1987, also 41 Jahre, stellte die SPD ohne Unterbrechung den Ministerpräsidenten und wurde in der Selbst- und Fremdwahrnehmung zur „Hessen-Partei“. Nach einem schwarz-gelben Intermezzo, das zunächst auf eine Legislaturperiode (1987 bis 1991) beschränkt blieb, kehrte die SPD 1991 wieder an die Regierung zurück, an der sie bis 1999 verblieb. Was 1987 noch wie ein einmaliger Betriebsunfall aussah, war rückblickend der Beginn einer neuen Epoche. Seit 1999 ist die einst so stolze hessische SPD auf Landesebene nun schon in der Opposition. Ursächlich dafür, dass ihr die Machtperspektive abhanden kam, sind zwei strukturelle Defekte: Erstens wurde ihre innere Integrationsfähigkeit brüchig. Zweitens hatte dies auch negative Konsequenzen für ihre äußere Koalitionsfähigkeit, die sich gleichwohl nicht in diesem Zusammenhang erschöpft. Jedenfalls wurde über die Jahre – wir haben es dabei mit einem längeren Prozess zu tun – aus dem einstigen Superstar der deutschen Sozialdemokratie ein Sanierungsfall (Schroeder 2008).

Die historischen Wurzeln einer erfolgreichen Sozialdemokratie reichen in Hessen bis weit in die Weimarer Republik zurück. Trotz guter Ausgangsbedingungen, wozu in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten vor allem eine innerlich zerrissene, schwache CDU zählte, ist der Erfolg der hessischen SPD anders als jener der bayerischen CSU nicht primär auf die eigene Stärke zurückzuführen. Vielmehr lag es vor allem in ihrer Fähigkeit begründet, wegweisende Koalitionsprojekte zu schmieden: Zunächst konnte die SPD den eher konservativen Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) mangels einer stabilen bürgerlichen Alternative an sich binden. Seit den 1970er Jahren sind die Abstände zwischen den beiden großen Volksparteien so eng geworden, dass die Bedeutung der kleineren Parteien als potentielle Koalitionspartner deutlich gewachsen ist. Die Regierungsbildung in Hessen ist zu einem sehr umkämpften Areal mit knappen Mehrheiten geworden. Trotzdem konnte die hessische SPD, die 1974 erstmals ein schlechteres Landtagswahlergebnis einfuhr als die CDU, weiter regieren. Dank einer FDP, die eine sozial-liberale Koalition nach „Bonner Muster“ favorisierte, konnte die SPD ihre Regierungsposition bis zur Wende der FDP in Bonn im Jahr 1982 weiter behaupten. Im Anschluss daran betrat die SPD mit einer Tolerierung durch die Grünen und mit der folgenden ersten rot-grünen Koalition auf Landesebene Neuland. An dem nächsten Experiment, einer Tolerierung einer rot-grünen Landesregierung durch die Linke, ist die SPD je-doch 2008 gescheitert. Stattdessen war es 2014 die CDU, der eine für das hessische Parteiensystem neue Koalitionsbildung gelang: die erste schwarz-grüne Koalition in einem Flächenland. Hessische Koalitionen bleiben weiterhin innovativ.

Nur hat die SPD gegenwärtig dabei das Nachsehen, weil sie erstmals nicht mit von der Partie ist, wenn Neues ausprobiert wird.

Abbildung 1: Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen



Quelle: Statistisches Landesamt, eigene Darstellung, Angaben in Prozent

In diesem Beitrag geht es darum, ebenso die lange Zeit währende Vormachtstellung der hessischen SPD zu erklären wie auch ihren Abstieg: Wie konnte die SPD in Hessen nach 1945 zu dieser eindrucksvollen Vorherrschaft kommen, wann bekam die Fassade erste Risse und wie kam es zum freien Fall?

Historische Bedingungen für die Entstehung des Parteiensystems nach 1945

Die starke Stellung der SPD im hessischen Elektorat reicht weit zurück. Schon im Volksstaat Hessen gelang es der SPD bei der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung 1919 mit 44,5 Prozent als Sieger hervor zu gehen. Ebenfalls vorherrschend war sie in der Provinz Hessen-Nassau (Kroll 2010: 77f.). Wie die ersten Wahlergebnisse eindrücklich zeigen, konnte die SPD nach 1945 nahezu unmittelbar an ihre Erfolge aus der Weimarer Republik anknüpfen. Ursächlich dafür waren die damals noch bestehende starke Bindekraft traditioneller Sozialmilieus sowie weitere Kontinuitätsbezüge. Zwischen 1933 bis 1950 besaßen viele hessische Regionen gleichbleibende, dominante Strukturmerkmale, die zugunsten der Sozialdemokratie wirkten. Selbst der Stadt-Land-Gegensatz hinsichtlich der räumlichen Verteilung von Arbeitern, Angestellten und Selbstständigen blieb als wesentliche Strukturkonstante bestehen (Hennig 1996: 112f.). Allerdings war die Bevölkerung durch die Zuwanderung von 750.000 Heimatvertriebenen angewachsen, womit der Katholikenanteil binnen kurzer Zeit von 25,5 (1925) auf 32,2 Prozent (1950) anstieg. Insgesamt dominierte aber weiterhin die evangelische Konfessionszugehörigkeit mit 64,1 Prozent (1950), was die SPD strukturell begünstigte.

SPD und KPD wurden in Hessen nach 1945 zunächst entlang der Konfessions- und Klassenlinien gewählt. Ihre Schwerpunkte lagen in den evangelisch und industriell geprägten Landesteilen im Norden und Süden. Typisch für Hessen war ebenfalls, dass beide Arbeiterparteien größere Teile ihrer Anhänger unter den ländlichen Industriependlern rekrutierten (Hennig 1996: 120). Nicht konfessionell und regional, wohl aber sozial konnte die CDU in Hessen bereits als „Volkspartei“ gelten, während

SPD und KDP weiterhin das Profil von „Klassenparteien“ besaßen. Beiden gelang jedoch im Vergleich zu 1932 eine gewisse Öffnung und ein Vordringen in Schichten mit höheren Beamten- und Angestelltenanteilen (Hennig 1996: 126). Sowohl bei der ersten Kommunal- (43,2 Prozent) und Landtagswahl (42,7 Prozent) 1946 als auch der ersten Bundestagswahl 1949 (32,1 Prozent) wurde die SPD stärkste Kraft in Hessen. In der Formierungsphase des Parteiensystems gelang es der SPD früh und schnell, mehr als ihre traditionellen Wählergruppen an sich zu binden (Bick 1996: 199). Sie gewann ihre Stärke sowohl aus den städtisch-industriell geprägten Zentren als auch aus den ländlichen Gebieten mit überwiegend protestantischen Wählern und Traditionsmilieus.

Primär basierte die Stärke der SPD aber auf der zunächst stotternden Entwicklung einer im bürgerlichen Lager integrationsschwachen CDU. Die Christdemokraten wurden zu Beginn von ihrem linken Flügel dominiert, vertraten in der Spitze die Idee des christlichen Sozialismus und vermochten es nur unzureichend das protestantische Bürgertum, das in Hessen dominierte, anzusprechen. Nachdem die CDU 1946 noch 31 Prozent erreichte, rutschte sie 1950 auf 18,8 Prozent ab und lag damit 25,6 Prozent hinter der SPD (Neumann 2012: 67). Die CDU vermochte es bis Anfang der 1970er Jahre sowohl personell als auch inhaltlich nicht, eine attraktive Alternative zur SPD zu schaffen. Die im Vergleich mit den anderen CDU-Landesverbänden und der Bundespartei eher links-katholisch ausgerichtete hessische CDU unterstützte zentrale Projekte der regierenden SPD, was nicht nur zu Lasten der eigenen Profilbildung ging, sondern vor allem auch ihre Integrationsleistung im bürgerlichen Lager enorm beeinträchtigte.

Die Vorherrschaft der SPD bis in die 1970er Jahre

Unter dem Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Georg-August Zinn entwickelte sich die SPD zu einer breiten Sammlungsbewegung, die es verstand, linke bis konservative Milieus an sich zu binden. So gelang es ihr sowohl Wähler von der KPD zu gewinnen als auch vom BHE. Unter sozialdemokratischer Vorherrschaft ist zu verstehen, dass die SPD ihre Mehrheit soweit ausbauen konnte, dass sie von 1950 bis 1954 und von 1966 bis 1970 mit absoluter Mehrheit regierte. Von 1954 bis 1966 gelang es der SPD vor allem durch ihre Vorstellungen von einer für die Vertriebenen vorteilhaften Infrastrukturpolitik, den BHE in eine stabile Koalition einzubinden. Hungersnöte oder soziale Verwerfungen, die die Integration der Heimatvertriebenen beispielsweise in Niedersachsen begleitete, kannte man in Hessen nicht.

Das programmatische Fundament des elektoralen Erfolgs der SPD war der „Hessenplan“ von 1951¹, bei dem es um die „sozialen Aufrüstung des Dorfes“² ging und der 1965 durch den „Großen Hessenplan“ weiter entwickelt wurde. Mit dem Großen Hessenplan

¹ Für den Hessenplan wurden in Zusammenarbeit mit Landesplanungs- und Landesarbeitsamt folgende Ziele formuliert: Umsiedlung von rund 100.000 Menschen aus Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit in Gemeinden mit günstigerer Arbeitsmarktlage, Schaffung von 25.000 neuen Arbeitsplätzen für Vertriebene in den strukturschwachen ländlichen Räumen, Errichtung von 3.000 landwirtschaftlichen Siedlerstellen (Brunck, Helma/Wolf, Werner (Hrsg.) (1992): Wirtschaft, Wohlfahrt, Wunder. Alltag in Hessen 1956-1961. Frankfurt)

² Neben Sportplätzen standen Dorfgemeinschaftshäuser im Mittelpunkt dieses Ansatzes. Sie wurden errichtet, um den Landbewohnern technische Neuerungen zu bieten, die in Städten schon lange selbstverständlich oder für das Landleben notwendig waren. Zur Ausstattung dieser Häuser gehörten beispielsweise Waschmaschinen, Gefrierschränke, Schlachträume, Backstuben und Mostereien. Zahlreiche Kleinbauern in Hessen waren auf die Möglichkeiten dieser Häuser angewiesen, da sie nicht in der Lage waren, arbeitssparende technische Geräte für den eigenen Haushalt anzuschaffen. Zusätzlich gab es einen allgemein zugänglichen Versammlungsraum mit einem – vom Hessischen Rundfunk gestifteten – Fernsehempfänger. Die angeschlossene, mit allem notwendigen Geschirr ausgestattete Musterküche ermöglichte es den Dorfbewohnern, ihre großen Familienfeiern im Gemeinschaftshaus zu feiern. „Die mit Abstand schärfste Kritik übte der Bischof von Münster, Michael Keller,

„unternahmen die Landesregierungen (in) dieser Zeit bereits den Versuch einer längerfristigen Finanz- und Investitionspolitik, wie sie auf Bundesebene erst später mit der Globalsteuerung Eingang fand. Das mittelgroße Bundesland mit seinen eher mittelmäßigen Wirtschaftsdaten mauserte sich binnen weniger Jahre zu einer prosperierenden Region und überschritt 1957 die Grenze vom nehmenden zum gebenden Staat im Länderfinanzausgleich. Mit dem ökonomischen Aufwind im Rücken konnte die Landespolitik dabei insbesondere im Ausbau der sozialen Infrastruktur (...) wie im Bildungssektor (...) Akzente setzen“ (Bullmann 2003: 3).

Trotz der Begrifflichkeit des Planens grenzte sich Ministerpräsident Zinn sehr pointiert von der Idee der Planwirtschaft ab.

„Aber dieser Große Hessenplan ist ja kein Produktivitätsplan im östlichen Sinne, auch keine Planifikation nach französischem Vorbild. (...) Es ist ein Entscheidungsrahmen, um die Landespolitik zu systematisieren und um die Möglichkeit zu geben, in Zusammenhängen zu handeln. Eine moderne Regierungskunst hat die Aufgabe, neben dem täglichen Geschäft in die Zukunft zu denken. Das bedeutet planen“ (Zinn 1966: 66).

Ergänzt wurden die Infrastrukturprojekte durch identitätsstiftende Angebote wie den „Hessentag“.³ Der Slogan „Hessen vorn“, mit dem die SPD im Landtagswahlkampf 1962 für ihre Politik warb, wurde zur Parole für das gesamte Land. Hessen entwickelte sich nach 1945 zu einem wirtschaftlich leistungsstarken Flächenland, das politisch einem sozialdemokratischen Gegenmodell zur Adenauer Republik glich. Zinn verteidigte die Länderrechte im Bundesrat und vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Versuche der Einschränkung durch die Bundesregierung. In den politischen Debatten der 1950er und 1960er Jahre lieferte sich Zinn zahlreiche Auseinandersetzungen mit Adenauer. Beispiele hierfür sind der „Konkordatsstreit“⁴ oder der „Fernsehstreit“.⁵

Die Vorherrschaft der SPD in Gefahr

Mit der Ära Zinn ging auch die Vormachtstellung der Sozialdemokratie in Hessen zu Ende. Maßgeblich waren dafür die inneren Konflikte in der SPD, nicht zuletzt ausgelöst durch die konfliktgenerie-

als er in einem Hirtenwort unterstellte, mit der – sozialdemokratischen – Aktion beginne die ‚Kolchosierung‘ des Dorfes nach sowjetischem Muster“ (Der Spiegel 10.02.1960).

³ Der Hessentag ist ein jährlich stattfindendes, einwöchiges Fest, das immer von einer anderen Stadt ausgerichtet wird. Ins Leben gerufen wurde der Hessentag 1961 von Ministerpräsident Zinn mit dem Ziel, der Bevölkerung in Hessen, welcher Herkunft sie auch sein möge, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu geben (Sarkowicz/ Koch 2010).

⁴ Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Konkordatsstreit zwischen Bund und Ländern, 26. März 1957: Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts entscheidet im Streit um die Gültigkeit des Reichskonkordats von 1933 gegen die von der Bundesregierung eingereichte Klage gegen die Länder Niedersachsen, Hessen und Bremen. Die Bundesregierung hatte die Auffassung vertreten, dass das am 20. Juli 1933 zwischen dem Vatikan und dem nationalsozialistischen Deutschen Reich geschlossene Konkordat weiterhin Gültigkeit besitze und nun durch die Schulgesetze der beklagten Länder Niedersachsen, Hessen und Bremen verletzt worden sei. Damit werde auch das Recht des Bundes auf Respektierung der für ihn verbindlichen internationalen Verträge berührt und die Pflicht zur Bundestreue verletzt. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass das Reichskonkordat zwar rechtmäßig zustande gekommen und weiterhin gültig sei, dass aber die Bundesländer nach dem Grundgesetz in der Gestaltung ihrer Schulverhältnisse souverän und nicht an das Reichskonkordat gebunden seien.

⁵ Am 28.02.61 entschied das Bundesverfassungsgericht, ob der Bund durch die von ihm betriebene Gründung eines Fernsehsenders grundsätzlich verbriefte Hoheitsrechte der Länder verletzt habe. Das BVerG kam zu dem Schluss, dass der Bund weder ein programmatisches noch ein organisatorisches Veranstaltungsrecht im Rundfunk- und Fernsehwesen habe. Damit hatten die Länder im Fernsehstreit einen Sieg errungen. Geklagt hatten Hessen, Hamburg, Niedersachsen und Bremen (Küppers 1987: 625).

renden linken wirtschafts-, kultur-, und bildungspolitischen Reformziele sowie die gegenreformerische Mobilisierungsfähigkeit der CDU. Infolgedessen konnten seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die zentrifugalen Kräfte innen und außen nicht mehr derart ausbalanciert werden, um die Sozialdemokratie mit sich selbst zu versöhnen.

Personifiziert wurde die Schwäche der SPD in Albert Oswald, dem Nachfolger von Georg-August Zinn: Als Minister in Zinns Kabinett war es Albert Oswald gelungen, Zielvorgaben des Großen Hessenplans im Detail umzusetzen. Im Amt des Ministerpräsidenten konnte Oswald jedoch keine mit Zinn vergleichbare Strahlkraft als Landesvater entwickeln.

„Seine Tugend, ein Auge für das Machbare zu haben, schien Oswald unter den Gegebenheiten der konfliktträchtigen 1970er Jahre nicht nur verloren zu haben, vielmehr wirkte sein Handeln nun übereifrig. (...) Seine Entscheidungen polarisierten innerhalb wie außerhalb der eigenen Partei...“ (Klecha/ Munimus/ Weinmann 2008: 293).

Über den Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten hinaus, erschwerten weitere gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen den Weg der SPD in Hessen. Mit dem 1966 beginnenden Aufstieg der SPD zur Regierungspartei im Bund endete die Rolle Hessens als Gegenmodell zu Bonn. Da Landtagswahlen meist bei der im Bund regierenden Partei zu Stimmenverlusten führen, waren auch die Wahlkämpfe der hessischen SPD mit diesem Problem konfrontiert (Decker/ Lewandowski 2008). Parallel dazu gelang es der CDU in Hessen mit ihrem neuen Vorsitzenden Alfred Dregger, die Oppositionsrolle mit Leben zu füllen, indem sich die Union inhaltlich scharf von der SPD abgrenzte. Die CDU war personell und inhaltlich von nun an in der Lage, den Wählerinnen und Wählern eine Alternative anzubieten und das konservative Lager zu integrieren. Mit der Konfrontation zwischen Ministerpräsident Oswald und Oppositionsführer Dregger begann die Phase der „scharfe(n) Parteienkonkurrenz“ (Hohmann/ Schacht 1996: 170). „Dregger galt als rechtslastiger, kaum kompromiss- und gesprächsbereiter und insofern auch arroganter Kämpfer gegen sozialistische Machenschaften“ (Wolf 1995: 86). Von nun an wurde die Bildungspolitik zum zentralen Feld der inhaltlichen Auseinandersetzungen und polarisierten Konfliktaustragung. Beide Volksparteien trugen über Bildungspolitik gesellschaftspolitische Grabenkämpfe aus, mit denen sie ihre jeweiligen Anhänger mobilisierten (vgl. Rudloff 2008; Neumann 2012: 94). Darüber hinaus markiert der Übergang der 1960er zu den 1970er Jahren den Beginn des sozialen Wandels, der sich auch in den erodierenden klassischen, festgefügt Wählermilieus niederschlug. In Hessen wurde dies besonders durch die frühe und erfolgreiche Gründung der Grünen deutlich, deren Aufstieg und Einzug in den Landtag 1982 zu Lasten der SPD ging (vgl. Kleinert 2008). Welche Dynamik mit diesen strukturellen Veränderungen verbunden war, zeigte sich in dramatischer Weise bei den Landtagswahlen 1970 als die SPD sechs Prozent verlor, während die CDU 13 Prozent zulegte. Die SPD blieb zwar weiterhin stärkste Partei und konnte sich durch eine sozial-liberale Koalition nach Bonner Muster an der Regierung halten. Bei der nächsten Landtagswahl 1974 wurde die Union schließlich erstmals in der hessischen Geschichte mit 47,3 Prozent stärkste Partei im Landtag. Ihr Wahlziel, die absolute Mehrheit zu erreichen, verfehlte sie jedoch um drei Sitze. Da die FDP fest an der Seite der Sozialdemokratie stand, lag die einzige hessische Machtperspektive der CDU in den 1970er Jahren in einer Alleinregierung. Ein ähnliches Bild zeichnete sich auch bei der Landtagswahl 1978 ab. Wieder bewies die SPD, dass sie in der Lage war, mangelnde elektorale Stärke durch strategisch geschickte Koalitionsbildung wett zu machen.

Auf dieses Geschick konnte die SPD auch zu Beginn der 1980er Jahre bauen: Bei der Landtagswahl 1982 wurde das hessische Parteiensystem durcheinander gewirbelt. Die Grünen zogen mit acht Prozent erstmals in den Landtag ein. Ihnen war es in Hessen früh gelungen, den Teil der Wählerinteressen anzusprechen, der sich entlang des neuen Cleavage zwischen Materialismus und Postmaterialismus bzw. zwischen ökologischer Bewegung versus Wachstumsgesellschaft etablierten (vgl. Beyme 1984).

Trotz der Kehrtwende der FDP in Bonn, die ihr dort zur weiteren Regierungsbeteiligung verhalf, fehlte der CDU, die in Hessen erneut stärkste Partei geworden war, ein Partner. Denn die FDP, die in Hessen bereits im Juni 1982 (Darmstädter Beschluss) für eine Koalition mit der CDU plädierte, wurde nach der legendären „Wende in Bonn“ dafür in Hessen abgestraft und scheiterte an der 5-Prozent-Hürde. Aufgrund einer Besonderheit in der hessischen Verfassung⁶ blieb die SPD-Regierung mit Ministerpräsident Holger Börner und ihren Ministern geschäftsführend im Amt. Zunächst lehnte Börner eine Zusammenarbeit mit den Grünen strikt ab: „Die Grünen stehen für mich außerhalb jeder Kalkulation. Ich schließe nicht nur eine Koalition, sondern jede Zusammenarbeit mit ihnen aus“ (Die Welt 21.09.83). Nach der Neuwahl des Landtags 1983 war die SPD erstmals seit 1970 wieder stärkste Kraft. Sie profitierte von der Oppositionsrolle der SPD im Bund und hatte rechnerisch mit den Grünen eine Mehrheit. Die Grünen waren jedoch noch nicht bereit zu einer Koalition mit der SPD, sondern tolerierten zunächst eine Minderheitsregierung. Dies erleichterte auch der SPD den Annäherungsprozess, da sie ebenfalls inhaltliche und kulturelle Hürden überwinden musste.

Der Aufstieg der Grünen, den sie vor allem ihrer Stärke in den Universitätsstädten und der Rhein-Main-Region verdanken, ging zu weiten Teilen zu Lasten der SPD. Die Grünen grenzten sich vor allem bei den „symbolträchtigen und umstrittenen technologischen Großprojekten“ (Kleinert 2008: 162), wie der Erweiterung des Frankfurter Flughafens, insbesondere der Startbahn West, den Hanauer Nuklearwerken und dem Kernkraftwerk Biblis C von den Sozialdemokraten ab. So gelang es ihnen, einen Teil des postmaterialistisch eingestellten Elektorates in Hessen unmittelbar an sich zu binden. Der Fortschrittsbegriff der SPD orientierte sich im Gegensatz zu den Grünen weiterhin an großen Infrastrukturprojekten aus Stahl und Beton, ohne die Konsequenzen für Lebensqualität und Umwelt zu hinterfragen. Ministerpräsident Börner drückte seine Abneigung gegenüber den Grünen gern plastisch und zupackend aus: „Ich bedauere, dass es mir mein hohes Staatsamt verbietet, den Kerlen selbst eins auf die Fresse zu hauen. Früher auf dem Bau hat man solche Dinge mit der Dachlatte erledigt.“⁷ Dieser lose Spruch brachte dem Ministerpräsidenten den Spitznamen „Dachlatten-Börner“ ein, den er nicht mehr loswurde. Das Zitat steht sinnbildlich für die zunächst tiefe Kluft zwischen der SPD und den Grünen. Der inhaltliche, aber vor allem der politisch-kulturelle Graben zwischen der regierenden Sozialdemokratie und den Grünen, mit ihren Wurzeln in den neuen sozialen Bewegungen und der Gegnerschaft zur Startbahn West, war deutlich größer als zum BHE und der FDP, den bisherigen Koalitionspartnern der hessischen SPD. Obwohl Holger Börner und Joschka Fischer nicht als geborenes Duo galten, gingen SPD und Grüne 1985 in Hessen erstmals in der deutschen Geschichte eine Koalition in einem Flächenland ein. Der Bundesvorsitzende der SPD, Willy Brandt, hatte Börner gebeten, über seinen Schatten zu springen und die Machtoption mit den Grünen zu realisieren. Doch die Koalition scheiterte 1987 an der Auseinandersetzung über die Hanauer Nuklearfirmen. Börner entließ Umweltminister Fischer nach einer kritischen Äußerung aus seinem Kabinett und hatte damit die Koalition beendet.

Zwischen dem Einzug der Grünen in den Landtag 1983 und der ersten schwarz-grünen Koalition 2013 bestand das hessische Parteiensystem aus zwei sich starr gegenüberstehenden Blöcken: Rot-Grün und Schwarz-Gelb. SPD und Grünen waren in einer Schicksalsgemeinschaft aneinander geschmiedet, so dass die Schwäche jeweils darüber entschied, ob man sich gemeinsam in Regierung oder Opposition wieder fand.

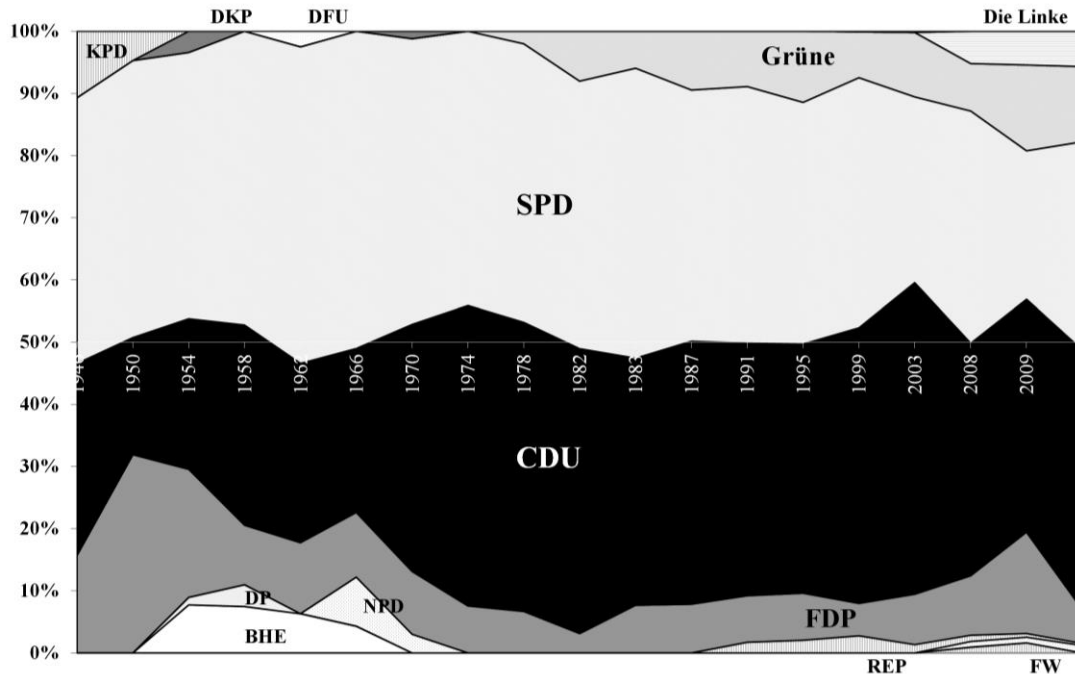
⁶ In Hessen führt die alte Landesregierung die Geschäfte nach der Wahl so lange weiter bis eine neue Regierung gewählt ist. Dies kann maximal bis zur nächsten Landtagswahl dauern, wenn der Landtag keinen neuen Ministerpräsidenten wählt oder sich selbst auflöst (Art. 113, Abs. 2 Hessische Verfassung)

⁷ Zitat Holger Börner 1982, bezogen auf die Demonstranten gegen die Startbahn West in einem Interview im Mai 1982 mit der „Bunten Illustrierten“, vgl. auch Frankfurter Rundschau vom 22. Mai 1982

Vom SPD-Stammland zum CDU-Land

Die Vorherrschaft der SPD hatte bereits in den 1970er Jahren einige Risse erhalten, doch ab Ende der 1980er begann sie nun stetig stärker zu bröckeln. Hessen wandelte sich immer mehr von einem SPD-dominierten Bundesland zu einem CDU-Land.

Abbildung 2: Landtagswahlergebnisse Hessen 1946-2013: Lagervergleich



Quelle: Statistisches Landesamt, eigene Darstellung, Angaben in Prozent

Zeiten knapper Mehrheiten

Die Entlassung Joschka Fischers durch Holger Börner hatte für die SPD weiterreichende Konsequenzen als nur den Bruch der Koalition: Bei der vorgezogenen Landtagswahl 1987 konnten die Zugewinne der Grünen die Verluste der SPD nicht ausgleichen. Selbst bei einer gemeinsamen Mehrheit wären die inhaltlichen Differenzen nicht aus dem Weg geräumt gewesen. Die SPD hatte sich in eine Sackgasse manövriert, da sie selbst nach einem Wahlerfolg kaum zu einer Koalitionsbildung in der Lage gewesen wäre.

Schwarz-Gelb hatte mit ihrem Spitzenkandidaten Walter Wallmann, dem beliebten Frankfurter Oberbürgermeister, mit 56 Sitzen⁸ die denkbar knappste Mehrheit im Landtag errungen. „Die SPD verlor 1987 in allen sozialstrukturellen Kontexten, vor allem aber in Wahlkreisen mit hohem Anteil von Angestellten und Beamten. Stark blieben die Sozialdemokraten lediglich in Gegenden mit einem hohen Arbeiter- und einem geringen Katholikenanteil. Die traditionellen Stammwähler der SPD waren für diese Wahlniederlage nicht verantwortlich“ (Zettel/ Eith 2007: 9). Zwischen 1987 und 1999 wurden die Mehrheiten von Rot-Grün und Schwarz-Gelb jeweils mit dem knappen Ergebnis von 56 Sitzen errungen (1995 waren es einmalig 57 Sitze für Rot-Grün). Die Zeiten von Hessen als roter Hochburg waren demnach bereits lange zu Ende, bevor es der CDU gelang, über eine Legislaturperiode hinaus an der Regierung bestätigt zu werden.

⁸ Der hessische Landtag hat seit 1970 insgesamt 110 Sitze. Für eine Regierungsmehrheit sind demnach 56 Sitze notwendig.

Bei der Landtagswahl 1991 wendete sich das Blatt ebenso knapp zugunsten von Rot-Grün wie es zuvor umgeschlagen war. Hessen erlebte in nur vier Jahren seinen zweiten alternierenden Regierungswechsel. Die Regierungsbilanz der CDU-FDP-Regierung fiel nach vier Jahren „ganzlos“ aus (Grunden 2009: 109). Grundlegende Weichenstellungen waren ausgeblieben, zudem gerieten Wallmann und seine Minister durch zahlreiche Affären in Bedrängnis (Neumann 2012: 72). Die Landtagswahl 1991 stand wegen des Zweiten Golfkriegs „im Schatten der Weltpolitik“ (Müller-Kinet 1995: 123) und war eindeutig bundespolitisch überlagert. Während die CDU eine eventuelle Beteiligung der Bundeswehr an NATO-Einsätzen befürwortete, stand die SPD an der Seite der Friedensbewegung. Die Neuaufgabe von Rot-Grün unter Ministerpräsident Hans Eichel erfolgte deutlich geräuschloser und pragmatischer als der erste Versuch 1985. Dies änderte jedoch nichts daran, dass die SPD weiterhin strukturell an Stimmen verlor. 1995 verzeichnete sie mit 38 Prozent einen Tiefstand, der allerdings mit einem grünen Rekordergebnis von 11,2 Prozent aufgefangen wurde. Die Grünen sicherten der SPD zwar die Regierung in Hessen, zogen der Partei jedoch gleichzeitig elementare Wählerschichten ab.

Nach dem Regierungswechsel im Bund 1998 konnte Rot-Grün in Hessen nicht weiter vom bundespolitischen „Oppositionseffekt“ profitieren. Allerdings war es dieses Mal nicht das schwache Abschneiden der SPD, das zum zweiten Verlust der Regierung nach acht Jahren führte. Es waren die Grünen, die vier Prozent verloren hatten. Die Wähler der Grünen beurteilten den Start von Rot-Grün im Bund kritischer als die Anhänger der SPD. Diese legte 1,4 Prozent zu und musste trotzdem in die Opposition. Wieder war die hessische Landtagswahl eindeutig bundespolitisch überlagert, diesmal allerdings zu Gunsten von Schwarz-Gelb. CDU-Spitzenkandidat Koch hatte mit einer polarisierenden Unterschriftenkampagne gegen die von Rot-Grün im Bund geplante doppelte Staatsbürgerschaft alles auf eine Karte gesetzt und knapp mit den traditionellen zwei Sitzen Vorsprung die Wahl entschieden.

Der Beginn der Vorherrschaft der CDU

Die knappen Ergebnisse der beiden politischen Lager, wie sie seit 1983 Bestand hatten, wurden nach 20 Jahren der Stabilität 2003 von einem Erdrutschsieg der CDU beendet. Sie erreichte mit 48,8 Prozent zum ersten Mal in Hessen eine absolute Mehrheit. Auch die FDP legte knapp drei Prozent zu, wurde aber als Koalitionspartner nicht gebraucht. Vor dem Hintergrund der negativen Stimmung gegenüber der rot-grünen Bundesregierung fünf Monate nach deren Bestätigung im Amt im Herbst 2002, konnte die CDU im Februar 2003 in Hessen fast 68.000 Wähler mehr an die Urnen mobilisieren als bei der Bundestagswahl, obwohl die Wahlbeteiligung um 15 Prozent geringer ausfiel. Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen zur Folge gaben „untypisch viele Befragte (an), die Bundespolitik sei für ihre Wahlentscheidung wichtiger als die Landespolitik. Zudem wurde die Bundesregierung (...) sehr schlecht beurteilt“ (Forschungsgruppe Wahlen 2003: 1). Die SPD konnte bei der Landtagswahl 560.000 Wähler weniger mobilisieren als noch bei der Bundestagswahl und verlor im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl fast zehn Prozent. Mit 29,1 Prozent lag sie in ihrem einstigen Stammland nun fast 20 Prozent hinter der CDU und hatte von 55 Wahlkreisen nur zwei gewinnen können. Trotz bundespolitischer Überlagerung trug auch die SPD vor Ort Mitschuld, da ihr Spitzenkandidat Gerhard Böckel gegen Ministerpräsident Koch und die CDU nicht ausreichend attackieren und mobilisieren konnte. Die SPD hatte den Wahlsieg der CDU 1999 für einen ähnlichen „Betriebsunfall“ gehalten wie 1987; entsprechend hoffte sie, dass sich die Verhältnisse mit einer anderen Kandidatin, die besser attackieren und mobilisieren kann, schnell wieder zugunsten der SPD auswirken würden. Nach der Niederlage teilte die SPD Partei- und Fraktionsvorsitz 2003 personell auf. Parteivorsitzende wurde Andrea Ypsilanti, die als Vertreterin von Hessen-Süd kommend zugleich zum linken Flügel der Partei gehörte. Den Fraktionsvorsitz übernahm Jürgen Walter aus der Wetterau (Landkreis nordöstlich von Frankfurt), der als Anführer des wirtschaftsnahen Flügels der Partei galt. Zunächst erschien die Doppelspitze eine Verjüngung – Walter war Mitte 30, Ypsilanti Mitte 40 – und ein inhaltlich breites Angebot der SPD an verloren gegangene urbane Wählerschichten in den hessischen Städten. Doch als

beide nach der Spitzenkandidatur griffen, wurde daraus eine innerparteiliche Zerreißprobe. Ypsilanti und Walter lieferten sich eine derartig harte Auseinandersetzung, dass ihre jeweiligen Anhänger den politischen Gegner vorübergehend eher in der eigenen Partei als in der CDU und in Roland Koch sahen. Gleichzeitig meldete sich die hessische SPD mit dieser Auseinandersetzung um den Führungsanspruch in der öffentlichen Wahrnehmung zurück und wurde wieder als ein erstzunehmender Herausforderer der Landesregierung wahrgenommen. Nach dem knappen Sieg Andrea Ypsilantis übernahm diese auch den Fraktionsvorsitz und wurde während des Wahlkampfes alleinige Oppositionsführerin und Spitzenkandidatin. Dem unterlegenen Jürgen Walter fiel es schwer, sich in die zweite Reihe einzufügen. Zudem hatten die Mitglieder alle Mühe damit, die Gräben der Auseinandersetzung im Wahlkampf wieder zu zuschütten.

Die missglückte Regierungsbildung der SPD 2008

Im Vorfeld der Landtagswahl 2008 wendeten sich die Vorzeichen für die SPD wieder zum Besseren: Die Zustimmungswerte von Ministerpräsident Koch und die Zufriedenheit mit der Landesregierung waren im Vergleich zu 2003 deutlich abgeschwächt. Gleichzeitig konnte die SPD mit ihrer Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti eine personelle und inhaltliche Alternative bieten (vgl. Schroeder 2008). Nach einem polarisierten Lagerwahlkampf hatte jedoch keines der Lager eine Mehrheit, weil die Linke knapp in den Landtag eingezogen war. Die SPD hatte 7,6 Prozent zugelegt und kam auf 36,7 Prozent. Die CDU verlor 12 Prozent und kam auf 36,8 Prozent. Der gefühlte Triumph täuschte die Sozialdemokratie darüber hinweg, dass sie das zweitschlechteste Ergebnis in der Geschichte der Landespartei zu verzeichnen hatte. Trotz der Verluste der CDU konnte die SPD nicht an ihre alte Stärke anknüpfen. Ihrer bisherigen Tradition folgend, wollte die SPD die hessischen Verhältnisse der unklaren Mehrheiten durch eine innovative Koalitionsbildung auflösen. Obwohl die SPD und ihre Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti während des Wahlkampfes eine Zusammenarbeit mit der Linken ausgeschlossen hatten, bereiteten SPD und Grüne nun eine Tolerierung durch die Linke vor. Ypsilanti wollte damit in Börners Fußstapfen treten, da er vor der Landtagswahl 1983 ebenfalls eine Zusammenarbeit mit den Grünen ausgeschlossen hatte, sich dann nach der Wahl tolerieren ließ und am Ende sogar eine Koalition einging.

Mit dem Versuch, eine tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung zu bilden, scheiterte die SPD an sich selbst, da vier Landtagsabgeordnete – unter ihnen Jürgen Walter – Andrea Ypsilanti vor der geplanten Wahl zur Ministerpräsidentin in einer Pressekonferenz öffentlich die Gefolgschaft entzogen (vgl. zu den Hintergründen Zastrow 2009). Nach diesem gescheiterten Versuch der Regierungsbildung löste sich der Landtag nach einer einjährigen Hängepartie auf und es kam zu Neuwahlen. Kurzerhand übernahm der bis dahin weitgehend unbekannte Gießener Landtagsabgeordnete Thorsten Schäfer-Gümbel die Spitzenkandidatur, und versuchte den freien Fall der SPD zu stoppen. Zwischen Januar 2008 und Januar 2009 blieb die Regierung Koch jedoch geschäftsführend im Amt und konnte, wenn auch ohne eigene Mehrheit im Parlament, weiter regieren und war im Bundesrat voll handlungsfähig. Inhaltlich war es der SPD mit der rot-rot-grünen Mehrheit unter anderem gelungen, die Studiengebühren in Hessen abzuschaffen und damit ein zentrales Wahlversprechen einzulösen.

Die Festigung der Vorherrschaft der CDU

Die hessische Sozialdemokratie hatte ihre Wähler mit ihrem Schlingerkurs und der gescheiterten Regierungsbildung derartig verschreckt, dass sie 2009 mit 23,7 Prozent noch deutlich schlechter abschnitt als 2003, was man damals für den absoluten Tiefpunkt gehalten hatte. Die CDU konnte sich stabilisieren und profitierte vom bundesweiten Höhenflug der FDP, der sich in Hessen mit 16,2 Prozent auszahlte. Nach der Neuaufgabe von Schwarz-Gelb 2009 verabschiedete sich Ministerpräsident Koch 2010 nach elf Jahren im Amt von der Politik in die Wirtschaft. Sein Nachfolger als Parteivorsitzender und Ministerpräsident wurde der bisherige Innenminister Volker Bouffier.

In der Post-Koch-Ära verlor die politische Auseinandersetzung in Hessen eindeutig an Schärfe. Dies gilt allerdings nicht nur für die politische Kultur der Konfliktaustragung, sondern auch für die inhaltliche Polarisierung. Während Koch über zehn Jahre hinweg Hessen mit einer Reform nach der anderen umgepflügt hatte und es der SPD damit leicht machte, sich abzugrenzen, entschleunigte Bouffier den Kurs der Landesregierung, indem er auf neue Großprojekte verzichtete. Dennoch durfte die SPD auf 2013 hoffen: Dem neuen Oppositionsführer Schäfer-Gümbel war es gelungen, den Landesverband zu einen. Die Umfragen im Wahljahr waren wenig eindeutig, bestenfalls ließ sich daraus eine diffuse Wechselstimmung zu Gunsten von Rot-Grün ablesen. Einerseits wünschten sich die Befragten zwar eine rot-grüne Koalition, gaben aber gleichzeitig an, dass eine SPD-geführte Landesregierung nicht besser in der Lage wäre, die Probleme des Landes zu lösen als die amtierende Landesregierung. Allerdings war frühzeitig die Wiederauflage von hessischen Verhältnissen ohne klare Mehrheit und mit der Linken im Landtag zu befürchten (Infratest Dimap Hessen Trend 2013). Spitzenkandidat Schäfer-Gümbel hatte sich, trotz bohrender Fragen von Journalisten, bis kurz vor dem Wahltermin nicht dazu hinreißen lassen, ein Bündnis mit der Linken auszuschließen. Zwar hatte die SPD ihre Albträume noch nicht ganz abgeschüttelt, aber eine Bündnisperspektive mit der Linken kam – anders als 2008 – keinem Tabubruch mehr gleich, nachdem sich Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen auch ein Jahr lang von den Linken hatte tolerieren lassen und daraus gestärkt mit einer eigenen Mehrheit hervorgegangen war. Zwei Wochen vor dem Urnengang positionierte sich der SPD-Spitzenkandidat im Gespräch mit Journalisten dann doch überraschend gegen eine Zusammenarbeit mit der Linken (HR online 06.09.13). Die SPD setzte darauf, die Linke unter die 5-Prozent-Hürde zu drücken, indem man argumentierte, dass jede Stimme für die Linke eine Stimme für Schwarz-Gelb sei.

Nachdem sich die schwarz-gelbe Mehrheit im Landtag darauf geeinigt hatte, die hessische Landtagswahl mit dem Termin der Bundestagswahl gemeinsam auf den 22. September zu legen, war sicher, dass die Stimmung im Bund die Wahl in Hessen deutlich beeinflussen würde. So geschah genau das, was die SPD befürchtet hatte: Die Wiederauflage des Wahlergebnisses von 2008 – hessische Verhältnisse ohne klare Mehrheiten. Zwar gewann die SPD sieben Prozent und legte auf 30,7 Prozent zu, doch verloren die Grünen 2,2 Prozent und kamen auf 11,1 Prozent. Dies reichte nicht, um die erklärte Wunschkoalition zu bilden, da die CDU um 1,1 Prozent auf 38,3 Prozent zulegte und die FDP mit 5 Prozent zwar 11,2 Prozent verlor, aber den Sprung in den Landtag schaffte. Eine einfache Koalitionsbildung verhinderte die Linke mit ihrem Einzug in den Landtag mit 5,2 Prozent. Aber auch ohne die Linke im Landtag hätte es für Rot-Grün nicht gereicht, da Schwarz-Gelb stärker war. Die Ergebnisse der Wahlforschung weisen darauf hin, dass die hessische Landtagswahl eindeutig von der Bundestagswahl überlagert wurde. Beispielsweise waren 70 Prozent in der Woche vor der Wahl der Meinung, dass sich Angela Merkel hilfreich auf das Abschneiden der hessischen CDU auswirke, während nur 25 Prozent der Meinung waren, dass Peer Steinbrück das Ergebnis der SPD positiv beeinflussen könne. Hessen machte es dem Bund allerdings auch nicht schwer, da der landespolitische Wahlkampf eher themenarm war. Auch personell war eine vergleichsweise geringe Zuspitzung erkennbar. Während das Urteil der Befragten gegenüber Ministerpräsident Bouffier verhaltend ausfiel, konnte auch Herausforderer Schäfer-Gümbel wenig persönlich punkten (Forschungsgruppe Wahlen 2013: 15ff.).

Auch im vierten Anlauf ist es der SPD nicht gelungen, an die Regierung in ihrem einstigen Stammland zurückzukehren. Ein Zugewinn von 7 Prozent kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sozialdemokraten nicht an ihre alte Stärke anknüpfen konnten und sich von dem Absturz 2003 noch nicht erholt haben. In Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen ist die SPD in einer Koalition mit den Grünen aus der Opposition an die Regierung zurückgekehrt, in Hessen scheint der Weg verschlossen.

In den zwei Monaten nach der Landtagswahl sondierten CDU, SPD, Grüne und Linke in Hessen die Möglichkeiten von Bündnissen. Die FDP wählte den direkten Weg in die Opposition und schloss eine

Ampel aus. In angestrengt wirkenden Runden zeigte sich, dass es für einen neuen Versuch eines rot-rot-grünen Bündnisses keine wirklich belastbaren Mehrheiten geben würde. Sowohl auf Seiten der SPD wie auch bei den Grünen hat am Ende das Trauma von 2008 schwerer gewogen als der Mut, Neues zu wagen. Hinzu kam, dass Schäfer-Gümbel sich diesen Ausweg mit seiner Äußerung am Ende des Walkampfes selbst erschwerte hatte, wollte er nicht den erneuten Vorwurf des Wortbruchs riskieren. Die SPD hatte 2008 mit ihrem Scheitern an sich selbst die Grünen mit in den Abgrund gerissen. Dies hat das Vertrauen der Grünen in die SPD erschüttert und historische Bindungen gelockert. Folglich kam die CDU in die glückliche Ausgangsposition, zwischen SPD und Grünen als Juniorpartner wählen zu können. Einerseits standen sich die CDU und die Grünen nach drei Jahrzehnten der landespolitischen Polarisierung fern, andererseits gibt es in Hessen bereits zahlreiche, stabile schwarz-grüne Bündnisse auf der kommunalen Ebene. Folglich war es weder völlig überraschend noch klar absehbar, dass sich die CDU für die Grünen entschieden hat und die Grünen ihrerseits das Angebot angenommen haben. Die SPD bekommt schmerzhaft zu spüren, dass sich die einst treuen Grünen, nach der kommunalen Ebene nun auch auf Landesebene von ihr trennen. Um sich selbstbewusst eine neue Machtperspektive zu erschließen, lassen die Grünen die Sozialdemokratie in ihrem Tief zurück. Es scheint so, dass CDU und Grünen gelernt haben, hessische Verhältnisse zu überwinden, die SPD dabei aber auf der Strecke geblieben ist. Argumentativ sprangen direkt Alt-Grüne wie Tom Koenings und Daniel Cohn-Bendit in die Bresche, um Brücken zur CDU zu Bauen und Gräben zur SPD zu buddeln:

„Eine Vereinbarung mit der CDU hält, weil die CDU verlässlich ist. Ein Vertrag mit der SPD stehe infrage, sobald die Tinte trocken ist“; so Cohn-Bendit. Koenings ist überzeugt, dass es die vielbeschworene „gemeinsame Kultur von Rot-Grün nicht gibt“. Sie habe schon in der ersten rot-grünen Koalition in Hessen in den 80er Jahren mit Ministerpräsident Holger Börner (SPD) und Umweltminister Joschka Fischer (Grüne) nicht existiert. Und bestehe heute noch weniger. „Wir sind der urbanen CDU viel näher als der ländlichen SPD.“ Die Sozialdemokraten blieben „grenzenlos staatsfixiert“. Die Grünen stellten dagegen die Frage, „was der Staat wirklich machen muss und was nicht“ (Frankfurt Rundschau 25.11.2013).

SPD-Wähler in Hessen – Entwicklung sozialstruktureller und regionaler Faktoren

Will man strukturell verstehen, wie die hessische SPD von der „Hessen-Partei“ zum Sanierungsfall wurde, eignet sich eine Studie von Zettl und Eith (2007) über das Wahlverhalten in Hessen im Zeitraum 1987 bis 2000. Der dort vorgenommenen Sozialstrukturanalyse folgend, lässt sich das Bundesland in fünf politisch-sozialstrukturelle Räume mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen einzelner Parteien unterteilen:

Tabelle 1: Politisch-sozialstrukturelle Räume und ihre Besonderheiten

	Gebiet	Sozialstrukturelle Besonderheiten	Politisch-strukturelle Besonderheiten
Region Frankfurt	Frankfurt, Hochtaunus, Main-Taunus	hoher Anteil von Angestellten, hohe Bildungsan-schlüsse, hohe Mobilitätsrate	Hochburgen der FDP, CDU erzielt überdurchschnittliche Ergebnisse, SPD schneidet unterdurchschnittlich ab
Verwaltungs- und Dienstleistungsstädte	z.B. Verdichtungsraum Wiesbaden, Frankfurt, Kassel	Überdurchschnittlicher Anteil von Angestellten mit Abitur	Hochburgen der Grünen
Gegenden mit industrieller Produktion	z.B. Main-Kinzig, Darmstadt-Dieburg	Überdurchschnittlicher Anteil von Hauptschulab-solventen und Arbeitern	Traditionelle Verankerung der SPD, aber Zuwächse bei der CDU
Ländliche protestantische und katholische Gebiete	Nordhessen auf der einen und Fulda/Osthessen auf der anderen Seite		Protestantische Gegenden sind Hochburgen der SPD, katholische der CDU
Ländlich-agrarisch geprägte Gegenden	z.B. Rheingau-Taunus, Wetterau		CDU hat überdurchschnittliche Ergebnisse, SPD schneidet beachtlich ab, Grüne sind unterdurchschnittlich

Quelle: Eigene Zusammenstellung

In der Längsschnittanalyse von Bundes- und Landtagswahlen zeigt sich, dass die CDU ihre Vormachtstellung in ihren Hochburgen behaupten kann und in bisher sozialdemokratisch dominierte Gebiete vordringt. Dies bezieht sich vor allem auf Wahlkreise mit hohem Arbeiteranteil, Beschäftigte im produzierenden Gewerbe und Menschen in protestantischen Regionen. Gleichzeitig verliert die SPD in ihren traditionellen Hochburgen massiv an Stimmen. Obwohl die Niederlage der SPD 2003 erdrutschartig aussehen mag, zeigen die Daten, dass die CDU in den „Stammquartieren der SPD schrittweise Fuß gefasst hat“ (Zettl/ Eith 2007: 26). Es ist der CDU strukturell und langfristig gelungen, die Dominanz der SPD bei der Arbeiterschaft, im produzierenden Gewerbe und in den protestantischen Milieus zu brechen. Die SPD vermochte es im Gegenzug nicht, außerhalb ihrer traditionellen Hochburgen in den modernen Wahlkreisen des Rhein-Main-Gebietes strategische Allianzen zu schmieden und dort mehrheitsfähig zu bleiben (ebd.: 32).

Tabelle 2: Wahlentscheidung für die SPD nach sozialen Gruppen bei Landtagswahlen

	1991	1995	1999	2003	2008	2009	2013	1991	2013
Wahlergebnis insgesamt	40,8	38	39,4	29,1	36,7	23,7	30,7		
Arbeiter	56	55	51	35	40	30	35	16	20
Angestellte	40	35	41	29	37	23	31	38	48
Beamte	39	36	36	30	42	25	35	8	7
Selbstständige	16	20	19	18	24	11	20	8	11
Gewerkschaftsmitglied	60	54	56	44	49	37	43	21	14
kein Gewerkschaftsmitglied	34	33	35	26	34	21	29	77	79
								Anteil der Gruppen an der hess. Bevölkerung	

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen 1991 – 2013, eigene Darstellung, Angaben in Prozent

Ein Blick auf die Entwicklung der Wahlentscheidung auf der Basis der Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen nach sozialen Gruppen zeigt, dass die hessische SPD seit 2003 nicht mehr in der Lage ist, die absolute Mehrheit der Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder hinter sich zu versam-

meinen. Zwar reichen Mehrheiten in diesen Gruppen allein aufgrund ihres zu geringen Anteils am Elektorat nicht aus, um Wahlen zu gewinnen, als Basis sind sie für einen Wahlsieg jedoch unverzichtbar. Seit 2008 erzielt die SPD gute Ergebnisse bei den Beamten, weil sie die Verschlechterung bei deren Arbeitsbedingungen in Hessen immer wieder thematisiert. Der Beamtenanteil ist jedoch insgesamt zu gering, als dass von dieser Gruppe entsprechend große Sprünge beim Gesamtergebnis zu erwarten wären.

Im Hinblick auf die Altersstruktur zeigt sich, dass die Altersgruppen bis Mitte 40 unterdurchschnittlich zur SPD neigen, die Älteren dafür überdurchschnittlich. 1991 und 2008 vermochte es die hessische SPD im Gegensatz dazu, verstärkt jüngere Wählergruppen anzusprechen.⁹ Die Schwäche der Sozialdemokratie bis in die mittleren Jahrgänge lässt sich durch die Stärke der Grünen in diesem Segment erklären. Dies wird für die SPD langfristig zum Problem, wenn die Wähler der Grünen ihrer Partei auch im Alter die Treue halten und die Grünen auch die nächste Generation an sich binden können.

Die Kommunen in Hessen

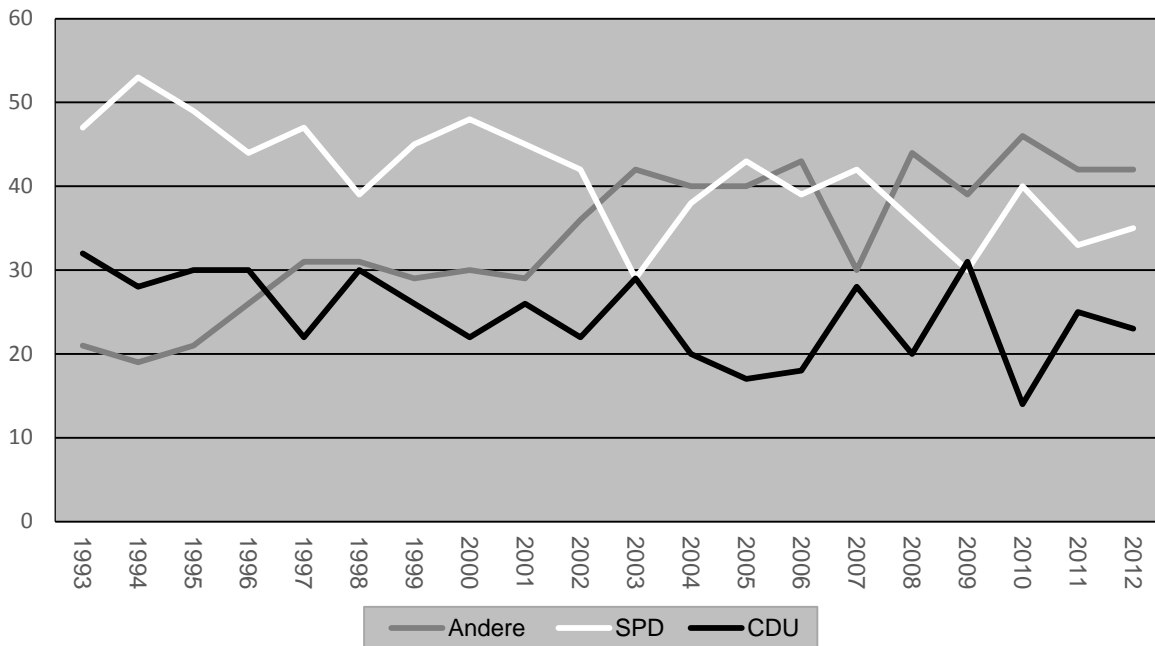
Eine besondere Rolle für die SPD spielen die Kommunen, in denen sie sich als stärkste Kraft länger und kraftvoller behaupten konnte als auf Landesebene. Doch auch dort ereigneten sich große und spektakuläre Niederlagen, die nicht ohne Folgen für die Landesebene blieben: Der erste und deutlichste Einbruch auf kommunaler Ebene erfolgte 1977. Damals sanken die Zustimmungswerte bei der Kommunalwahl für die SPD von 51 auf 42 Prozent. Die von der SPD durchgeführte Gebiets- und Verwaltungsreform ist eine der zentralen Ursachen. Gemeinden und Kreise wurden zusammengelegt,¹⁰ „wobei die Landespolitiker, wenn es um die Wahrung geschichtlicher Traditionen und Namen ging, nicht immer das nötige Fingerspitzengefühl zeigten“ (Behr 1986: 36). Gleichzeitig gelang es der CDU, in tief sozialdemokratische Kerngebiete vorzudringen. Allerdings konnte die SPD das Blatt eine Zeit lang wieder zu ihren Gunsten wenden und blieb auf kommunaler Ebene bis 2001 stärkste Kraft in Hessen. Insgesamt lag die SPD bei 13 der 17 Kommunalwahlen bisher vorn. Freie Wähler und andere Gruppen ziehen in Hessen deutlich mehr Stimmen von der CDU ab als von der SPD und sind für die Union eine ernste Konkurrenz in den Kommunen. In Folge der zunehmenden elektoralen Schwäche der SPD lösten sich die Grünen vielerorts von ihrem einst natürlichen Koalitionspartner und gingen Bündnisse mit der CDU ein. Dies warf die Sozialdemokratie in den Kommunen zusätzlich zurück, da CDU und Grüne damit ihre Machtoptionen auf ihre Kosten erweiterten.

Direktwahlen der Bürgermeister und Landräte in Hessen

Um Anreize für das Interesse der Bürger an der kommunalen Ebene zu stärken, wurden auch in Hessen in den 1990er Jahren Direktwahlen der Bürgermeister und Landräte sowie Bürgerentscheide auf Gemeindeebene eingeführt (Dreßler 2010: 170). Dies eröffnet politischem Spitzenpersonal auf kommunaler Ebene eine zusätzliche Chance, sich zu profilieren. Gleichwohl führte dies bislang nicht zu der erwarteten höheren Wahlbeteiligung.

⁹ Die Altersstruktur der SPD-Wähler lässt sich nicht einfach tabellarisch darstellen, da die Forschungsgruppe Wahlen bei der Wahltagsbefragung mehrfach die Einteilung der Altersgruppen geändert hat. Die Aussagen beziehen sich wie die Daten der Tabelle auf die Analysen der Forschungsgruppe Wahlen 1991 bis 2013.

¹⁰ Die Zahl der Gemeinden wurde von 2.642 auf 426 und die der Kreise von 39 auf 21 verringert.

Abbildung 3: Direktwahlen der Bürgermeister in Hessen¹¹

Quelle: Statistisches Landesamt, eigene Darstellung, Angaben in Prozent

Die SPD kann die Direktwahl der Bürgermeister und Landräte im Vergleich zur CDU in Hessen bislang positiv für sich nutzen. Bis 2002 dominierten sozialdemokratische Direktkandidaten eindeutig den Ausgang der Wahlgänge. Gleichzeitig mit den Niederlagen bei den Landtagswahlen 2003 und 2009 brachen jedoch auch die Ergebnisse der Bürgermeister ein. Die negative Entwicklung auf Landesebene beeinflusst auch die Wahrnehmung der Kandidaten in den Kommunen. Insgesamt gingen die Erfolge anderer Kandidaten¹² zunächst vor allem zu Lasten der CDU. Bereits seit 1997 schneiden die Kandidaten der Union schlechter ab als die parteilose Konkurrenz. Mit dem Einbruch der SPD 2003 wurden erstmals parteilose Kandidaten die stärkste Gruppe und sind es seit 2008 stetig. Sowohl CDU als auch SPD haben bei den Bürgermeisterwahlen an Bindekraft verloren. Die Sieger sind unabhängige Kandidaten, denen die Wähler zunehmend Vertrauen schenken.

In den Großstädten hatte die SPD bei den Direktwahlen zunächst alle Oberbürgermeister-Posten – mit Ausnahme Darmstadts – an die CDU verloren, konnte diesen Trend aber seit 2005 umkehren. Kassel (seit 2005), Marburg (seit 2007), Gießen (seit 2009), Frankfurt (seit 2012) und Wiesbaden (seit 2013) werden im Jahr 2014 wieder von Sozialdemokraten regiert, Darmstadt ging allerdings 2011 an einen Grünen verloren.

Bei den ebenfalls seit 1993 direkt gewählten Landräten dominiert die SPD eindeutig, wenn auch mit nachlassender Intensität. Von den bisher insgesamt 74 Wahlgängen, gewannen sozialdemokratische Kandidaten 43, die CDU 29 und zwei Mandate gingen an unabhängige Bewerber. Das entspricht einem Verhältnis von 58 (SPD) zu 39 Prozent (CDU). In den ersten zehn Jahren entschieden die SPD-Kandidaten 63,6 Prozent der Wahlen für sich, 2003 bis 2012 waren es nur noch 53,6 Prozent. Die

¹¹ Da in jedem Jahr unterschiedlich viele Bürgermeister (zwischen 51 und 90 Wahlen jährlich) direkt gewählt werden, wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit die absoluten Zahlen in Prozentwerte umgewandelt.

¹² Unter „Anderen“ wurden alle Kandidaten zusammengefasst, die nicht von SPD oder CDU angemeldet wurden. Darunter sind vor allem Kandidaten von freien Wählervereinigungen, Einzelpersonen und sechs Grüne. Damit sind grüne Direktkandidaten bislang keine Konkurrenz für die SPD.

Dominanz der Sozialdemokratie ist zwar eindeutig, hat aber ähnlich wie im Falle der Bürgermeister-Wahlen stark abgenommen.

Deutlich wird insgesamt, dass sich die SPD mit ihren erfolgreichen Bürgermeistern und Landräten im Vergleich zur Schwäche der Landespartei ein zweites Standbein und eine lokale Machtbasis aufbauen konnte. Zum Zuge gekommen ist diese Gruppe als Personalressource allerdings nicht, denn auch bei der Landtagswahl 2013 wurde mit Schäfer-Gümbel erneut ein Landespolitiker Spitzenkandidat. Darüber hinaus wurde auch kein Bürgermeister oder Landrat in das „Mannschaft für den Wechsel“ genannte Schattenkabinett eingebunden. Im Vergleich zu Hessen rekrutierte die SPD in Schleswig-Holstein mit Thorsten Albig und Niedersachsen mit Stephan Weil zwei Oberbürgermeister als Spitzenkandidaten und war damit erfolgreich. In beiden Bundesländern ist der Regierungswechsel hin zu Rot-Grün gelungen.

Die Stadt Frankfurt und die Oberbürgermeister-Wahl 2012

In der Frage nach der Entwicklung sozialdemokratischer Wählermilieus in Hessen lohnt ein Blick in die bei Weitem einwohnerstärkste Stadt des Landes, die zugleich Kern einer der wirtschaftlich am stärksten prosperierenden Regionen der Republik ist: Bis in die 1970er Jahre war Frankfurt eine unangefochtene SPD-Hochburg, die für den Wiederaufbau und die „zum Teil rabiate Modernisierung der Stadt nach 1945“ (Schacht 2008: 361) die Verantwortung trug. Nachdem die SPD Frankfurt zwei Jahrzehnte mit absoluter Mehrheit regiert hatte, bröckelte ihre Hegemonie nicht langsam, sondern wurde 1977 quasi über Nacht von einer absoluten Mehrheit der CDU erdrutschartig abgelöst.

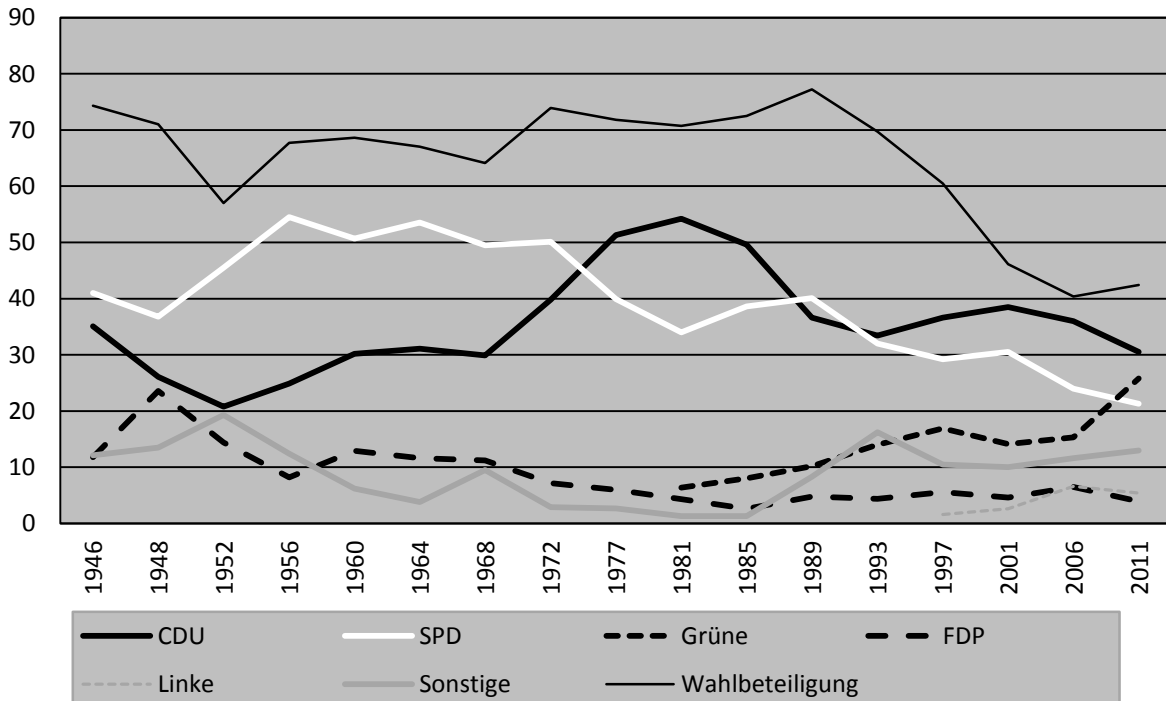
Die Probleme, denen die SPD bis heute in Frankfurt gegenübersteht, sind vielschichtig: Zentral ist der hohe Grad der Tertiarisierung und die damit verbundene Erosion der Arbeitermilieus bei einem gleichzeitigem Anstieg ungebundener Wähler ohne ideologisch-parteiliche Loyalitäten. Der SPD ist es bis heute in Frankfurt nicht gelungen, den Verlust ihrer traditionellen Wählerschichten durch neue Allianzen mit den Verlierern und Gewinnern der urbanen Dienstleistungsgesellschaft auszugleichen und diese an sich zu binden. So stellt die Frankfurter SPD seit den 1980er Jahren den Prototyp einer pathologischen, in sich zerstrittenen Partei dar, die den sozialstrukturellen Wandel nicht mit einer Politik auf Augenhöhe beantworten konnte. Weder gelang ihr eine angemessene, repräsentative Verankerung in den relevanten Alters-, Qualifikations- und Einkommensgruppen noch in den divergierenden kulturellen Milieus. Stattdessen prägten Kämpfe um personelle und kulturelle Dominanz das Parteileben mit der Konsequenz, dass eine lebendige Einheit von Programm, Personal und Parteiidentifikation seit vielen Jahren nicht mehr erreicht werden konnte. Die erste Gruppe, die diese exkludierende Disharmonie am eindringlichsten spürte, ist das arbeiterliche Restelektorat, das sich situativ und punktuell von NPD, REP und später der Linken angezogen fühlte.

Zunächst blieb die Stammwählerbasis der CDU stabil. Vor allem die SPD litt unter dem Zuwachs von alternativen Milieus im Zusammenhang mit der Bildungsexpansion und postmaterialistischem Wertewandel, später konnten die Grünen aber auch in konservative Wählerschichten vordringen (vgl. Bick 1996: 206). Mit dem extremen Absinken der Wahlbeteiligung seit den 1990er Jahren bis auf 40 Prozent in der Gegenwart, ist nicht nur das absolute Wählerpotenzial der Parteien in Frankfurt entscheidend, sondern vor allem, wer in der Lage ist, seine Wähler an die Urne zu bringen.

Die SPD fremdelte aber nicht nur mit den neuen urbanen Milieus in ihrer einstigen Hochburg, sondern auch mit den Grünen als deren parlamentarische Vertretung. 1993 und 1995 versagten vier SPD-Stadtverordnete grünen Dezernenten im Wahlgang ihre Stimme, obwohl deren Wahl innerhalb einer rot-grünen Koalition vereinbart war. Oberbürgermeister Andreas von Schoeler (SPD) ließ sich nach dem Eklat vom Parlament abwählen, um den Weg für Neuwahlen frei zu machen. Nach diesen Querelen konnte die SPD ihre Anhängerschaft bei der ersten Direktwahl in Frankfurt allerdings nicht ausreichend mobilisieren, folglich wurde Petra Roth (CDU) zur Oberbürgermeisterin gewählt.

Nach einem gescheiterten schwarz-grünen Versuch 2001 und einem Vierer-Bündnis aus CDU, SPD, FDP und Grünen schlossen sich CDU und Grüne 2006 in Frankfurt zu einer Koalition zusammen. Seit diesem Zeitpunkt ist die SPD in Frankfurt erstmals reine Oppositionspartei. 2011 wurden die Grünen auf Kosten von CDU und SPD erstmals zweitstärkste Kraft in Frankfurt.

Abbildung 4: Ergebnisse der Kommunalwahlen in Frankfurt



Quelle: Statistisches Landesamt, eigene Darstellung, Angaben in Prozent

Nachdem die SPD bei der Kommunalwahl 2011 von den Grünen auf Platz drei verdrängt wurde, schien sich auch mit dem Ende der Ära-Roth nicht gerade ein Gelegenheitsfenster zu öffnen. Obwohl die Chance der Sozialdemokraten sehr gering war, haben sie sie genutzt. Die CDU schickte den ehemaligen Frankfurter Stadtrat und damals amtierenden hessischen Innenminister Boris Rhein ins Rennen. Zunächst setzte die SPD ihre Hoffnung auf einen externen Heilsbringer. Auf das vermeintliche Himmelfahrtskommando wollte sich jedoch niemand einlassen. Es ließ sich kein Kandidat von außen finden, dafür aber gleich zwei Einheimische aus der zweiten Reihe. Die SPD machte aus der Not eine Tugend und erregte mit einem basisdemokratischen Mitgliederentscheid nach einem langen Dornröschenschlaf stadtweit wieder positive Aufmerksamkeit.

Bedenkt man die Stimmenverteilung bei der Kommunalwahl 2011, muss ein Kandidat ein breites thematisches Angebot machen und die eigene Klientel an die Urne bringen, um in Frankfurt gewinnen zu können. Mit Boris Rhein, dem hessischen Innenminister – eher vom rechten Flügel seiner Partei, hatte sich die CDU auf einen Kandidaten festgelegt, der bekannt, aber nicht beliebt war und deshalb nicht über das eigene Kernmilieu hinaus mobilisieren konnte. Die SPD hingegen schickte den kommunalen Sozialpolitiker Peter Feldmann ins Rennen, den zwar bislang kaum jemand kannte, der aber auch keine negativen Emotionen wach rief. Die Grünen griffen nicht ernsthaft ins Geschehen ein. Trotz ihres guten Ergebnisses von 2011 und eines kaum bekannten SPD-Kandidaten, stellten sie die ebenfalls unbekanntes Rosemarie Heilig auf. Der Wahlkampf spitzte sich auf eine polarisierte Auseinandersetzung zwischen Rhein und Feldmann zu, wobei Feldmann soziale Themen deutlich in den Vordergrund seiner Kampagne stellte. Es gelang ihm, die eigene Klientel zu mobilisieren und auch für Anhänger der Grünen eine Alternative zu bieten, die der eigenen Kandidatin den Sieg nicht zutrauten und gleich-

zeitig Boris Rhein ablehnten. Gegenüber dem Kommunalwahlergebnis von 2011 lag das Ergebnis von Rhein 8,6 Prozent über dem der CDU. Die Grünen büßten mit Heilig 11,8 Prozent ein und die SPD gewann mit Feldmann 12,7 Prozent hinzu. Während Rhein in der Stichwahl nur 3,5 Prozent hinzu gewinnen konnte, waren es bei Feldmann 24,4 Prozent, so dass der Sozialdemokrat deutlich mit 57,4 zu 42,6 Prozent gewann.

„Seine besten Ergebnisse erzielte er (Peter Feldmann) in Grünen-Mehrheitsbezirken und Quartieren mit SPD/Grünen Milieus mit 73,5 und 73,1 Prozent. (...) Weit überdurchschnittlich hat er auch in SPD-Mehrheitsbezirken abgeschnitten, in denen in der Hauptwahl noch Linke und Piraten ihre besten Ergebnisse hatten. (...) Boris Rhein konnte nur in den CDU-Hochburgen eine Stimmenmehrheit realisieren, selbst in den wahlentscheidenden CDU-Mehrheitsbezirken lag Peter Feldmann vorn. Feldmann konnte im CDU-Stammland rund 20 Prozent zulegen, während Rhein nur etwa 5 Prozent Stimmenzuwachs erreichte“ (Frankfurter Wahlanalysen 2012: 5)

Der Sieg des Sozialdemokraten Peter Feldmann und der anderen SPD-Oberbürgermeister zeigt erstens, dass bei Direktwahlen die Karten neu gemischt werden und die SPD in den Städten mit den richtigen Kandidaten gewinnen kann. Zweitens macht die Wahl deutlich, wie volatil das Elektorat in Frankfurt ist. Trotz des schwarz-grünen Bündnisses unterstützen die Grünen-Anhänger, drittens, lieber einen SPD-Kandidaten, anstatt sich der Stimme zu enthalten. Mit diesem Wahlergebnis haben die SPD und Peter Feldmann eine Basis für die Kommunalwahl 2016 geschaffen.

Fazit und Ausblick

Hessen galt über viele Jahrzehnte als eine wichtige, progressive Machtbasis der bundesdeutschen Sozialdemokratie. Grundlage dieses Erfolgs war eine austarierte Aufstellung zwischen Stadt und Land sowie zwischen den sozial-ökonomischen, politischen und kulturellen Flügeln, was sich in einer stabilen, passfähigen Konstellation von Personen, Programm und Parteiidentifikation niederschlug. Dazu gehörte eine kluge Koalitionspolitik. Es begann in den fünfziger Jahren mit einem Bündnis mit dem konservativ ausgerichteten BHE, es schloss sich das sozial-liberale Erfolgsmodell der 1970er Jahre an, gefolgt von der sozial-ökologischen Koalition mit den Grünen. Dass die hessische SPD in den letzten Jahren an ihrer Koalitionsunfähigkeit scheiterte, hat tieferliegende Ursachen als solche, die sich in persönlichen Präferenzen einzelner Abgeordneter verorten lassen, wie dies in der Ablehnung „der Vier“ gegen eine rot-rot-grüne Landesregierung im November 2008 zum Tragen kam. Die Basis für eine souveräne Koalitionsfähigkeit ist ein strategisches, innerparteiliches Zentrum, das unabhängig von allen üblichen politischen und persönlichen Differenzen in der Lage ist, handlungsfähige innere Geschlossenheit zu generieren, um sich so für neue Bündnisstrategien zu öffnen. Vergangene Misserfolge auf diesen beiden Ebenen lassen die Skepsis bei potentiellen Koalitionspartnern – im Falle von Wahlmöglichkeiten – wachsen.

Die hessische Erfolgsformel einer progressiven, in hohem Maße nach innen und außen integrationsfähigen SPD, erodierte in dem Maße, wie sich neue kulturelle und politische Herausforderungen gekoppelt mit einem veritablen Generationenwechsel Anfang der 1970er Jahre in der Partei etablierten. Dies erschwerte einen innerparteilichen Spagat und Ausgleich derart, dass sich die Differenzen zu handfesten politischen Konflikten entwickelten, was das einheitliche Auftreten der SPD stark belastete. Die unterschiedlichen Spannungslinien des deutschen Parteiensystems haben sich in Hessen in einer Art und Weise verdichtet, dass sich der Manövrierspielraum für die SPD dadurch deutlich erschwerte. Der Niedergang der hessischen SPD als Regierungspartei ist nicht das Ergebnis einer harten Zäsur. Er ist vielmehr ein langer Prozess, der Ende der 1960er Jahre begann, aber immer wieder aufgehalten und abgepuffert werden konnte. Zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün bestand seit den 1980er Jahren eine elektorale Pattsituation. Diese konnte – zumindest kann man dies retrospektiv so interpretieren –

zugunsten der Sozialdemokratie nur deshalb gewonnen werden, wenn diese von einer eher konservativen (Oswald, Börner) oder zumindest stark pragmatisch basierten Integrationspersönlichkeit (Eichel) als Spitzenkandidat geführt wurde.

Lange zehrte die SPD von ihrem breiten kommunalen Unterbau. Zuletzt waren es jedoch Kommunen wie Frankfurt und Darmstadt, einst tief sozialdemokratisch geprägt, in denen schwarz-grüne Bündnisse erprobt wurden. Seit dem koalitionspolitischen Supergau von 2008 hat sich die SPD unter Führung von Schäfer-Gümbel wieder deutlich stabilisiert. Doch ohne das Zutrauen der Bündnispartner wird ihr diese erfolgreiche Arbeit nicht zu einer neuerlichen Regierungsbeteiligung gereichen.

Literatur

- Beier, Gerhard (1989): SPD Hessen. Chronik 1945 bis 1988, Bonn
- Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien, München
- Behr, Andreas (1986): Kommunalwahlen, in: Wahlatlas Hessen 1946 – 1985, Braunschweig
- Bick, Wolfgang (1996): Kommunalwahlen in Hessen 1946 – 1993. Trends und Wendepunkte in der kommunalpolitischen Landschaft, in: Heidenreich, Bernd/ Schacht, Konrad (Hrsg.): Hessen. Wahlen und Politik, Stuttgart, S. 195 – 218
- Bullmann, Udo (2013): Land Hessen, in: Andersen, Uwe/ Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., aktual. Aufl. Opladen, Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/wissen, Zugriff 25.02.2013
- Decker, Frank/ Lewandowsky, Marcel (2008): Landtagswahlen als bundespolitische Zwischenwahlen. Der vermeintliche Sonderfall Hessen, in: Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem, Wiesbaden, S. 259 – 283
- Dreßler, Ulrich (2010): Kommunalpolitik in Hessen, in: Kost, Andreas/ Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 165 – 186
- Grunden, Timo (2009): Politikberatung im Innenhof der Macht: zu Einfluss und Funktion der persönlichen Berater deutscher Ministerpräsidenten, Wiesbaden
- Hohmann, Eckart/Schacht, Konrad (1996): Landtagswahlen in Hessen, in: Heidenreich, Bernd/Schacht, Konrad (Hrsg.): Hessen. Wahlen und Politik, Stuttgart, S. 164 – 194
- Forschungsgruppe Wahlen (1991): Wahl in Hessen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 24. Januar 1991, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 63, Mannheim
- Forschungsgruppe Wahlen (1995): Wahl in Hessen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 19. Februar 1995, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 80, Mannheim
- Forschungsgruppe Wahlen (1999): Wahl in Hessen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 7. Februar 1999, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 101, Mannheim
- Forschungsgruppe Wahlen (2003): Kurzanalyse. Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen, <http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/HessNied03.pdf>, Zugriff 15.10.2013, S. 1 – 2
- Forschungsgruppe Wahlen (2003): Wahl in Hessen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 2. Februar 2003, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 111, Mannheim
- Forschungsgruppe Wahlen (2008): Wahl in Hessen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 27. Januar 2008, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 130, Mannheim
- Forschungsgruppe Wahlen (2009): Wahl in Hessen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 18. Januar 2009, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 133, Mannheim
- Forschungsgruppe Wahlen (2013): Wahl in Hessen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 22. September 2013, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 155, Mannheim
- Frankfurter Wahlanalysen (2013): Stichwahl des Oberbürgermeisters am 25. März 2012 in Frankfurt am Main. Eine erste Analyse und kleinräumige Ergebnisse, Nr. 57

- Hennig, Eike (1996): Das hessische Parteiensystem 1932 und 1949: Kontinuität im Wandel und beim Neubeginn, in: Heidenreich, Bernd/ Schacht, Konrad (Hrsg.): Hessen. Wahlen und Politik, Stuttgart, S. 112 – 146
- Hennig, Eike (2008): Wahlverhalten und Parteidentifikation in der hessischen Städten, in: Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen, Wiesbaden, S. 371 – 392
- HR Online 06.09.13, http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?rubrik=78197&ky=standard_document_49543601, Zugriff 01.12.2013
- Infratest Dimap, Hessen Trend (2013): <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/hessen/>, Zugriff 01.12.1013
- Klecha, Stephan/ Munimus, Bettina/ Weinmann, Nico (2008): Hessens Ministerpräsidenten im Profil, in: Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem, Wiesbaden, S. 284 – 312
- Kleinert, Hubert (2008): Die Grünen in Hessen, in: Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem, Wiesbaden, S. 161 – 183
- Kroll, Frank-Lothar (2010): Geschichte Hessens, 2. durchgesehene und ergänzte Auflage, München
- Küppers, Heinrich (1987): Adenauer und Altmeier im Fernsehstreit 1958 - 1961, in: Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte, Heft 4, S. 625 – 659
- Müller-Kinet, Helmut (1995): Von der Opposition in die Regierungsverantwortung. Die CDU unter Walter Wallmann, in: Wolf, Werner (Hrsg.): Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995: 50 Jahre CDU Hessen, Köln 1995, S. 177 – 202
- Neumann, Arijana (2012): Die CDU auf Landesebene. Politische Strategien im Vergleich, Wiesbaden
- Rudloff, Wilfried (2008): Schulpolitik und Schulkämpfe in Hessen, in: Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen, Wiesbaden, S. 361 – 370
- Rupp, Hans Karl (1994): Die SPD – Staatspartei und demokratische Bewegungspartei, in: Dirk Bergschlosser (Hrsg.): Parteien und Wahlen in Hessen, Marburg S. 79 – 108.
- Sarkowicz, Hans/ Koch, Roland (Hrsg.) (2010): Das große Fest der Hessen – Die Geschichte der 50 Hessentage seit 1961, Frankfurt
- Schroeder, Wolfgang (2008): Die hessische SPD zwischen Regierung und Opposition, in: ders. (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem, Wiesbaden, S. 77 – 106
- Spiegel, Der (Nr. 45/ 1966): Tierpark in der Schublade. Interview mit dem hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn, S. 66
- Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Konkordatsstreit zwischen Bund und Ländern, 26. März 1957, in: Zeitgeschichte in Hessen <<http://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/edb/id/3446>> Zugriff: 01.12.2013
- Wolf, Werner (1995): Neubeginn und Kampf um die Mehrheit. Die CDU Hessen unter Alfred Dregger, in: ders. (Hrsg.): Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995: 50 Jahre CDU Hessen, Köln, S. 59 – 96
- Zastrow, Volker (2009): Die Vier: Eine Intrige, Berlin
- Zettl, Christian/ Eith, Ulrich (2007): Wählerverhalten in Hessen. Grundstrukturen des politischen Wettbewerbs und sozialstrukturelle Fundierung der Wahlentscheidung im Zeitraum 1987 bis 2005. Arbeitsgruppe Wahlen, Freiburg (unveröffentlicht)